

Leipzig unextrem!



Eine Handreichung zu Islamismus
und gruppenbezogener
Menschenfeindlichkeit

Leipzig - Stadt der Diversität

Mit Leipzig werden meist zwei Themen verbunden: Die Stadt der friedlichen Revolution und die Messe. Auch wenn zwei Begriffe niemals die ganze Stadt charakterisieren können, so sagen die beiden eben genannten Stichworte sehr viel über das Gemeinwesen und das Selbstverständnis ihrer BürgerInnen aus. Demokratie, Freiheit und Interkulturalität sind somit fester Bestandteil der Stadt und ihrer BürgerInnen. Die Buchmesse mit der MangaComicCon oder das Wave Gothic Treffen als eines der weltweit größten Festivals der Schwarzen Szene sind selbstverständlicher Teil der Stadt, ebenso die lebhafteste Kunstszene. Zudem ziehen immer mehr Menschen, auch aus dem Ausland, nach Leipzig, ob für ein Studium, zum Arbeiten oder aufgrund von Krieg und Verfolgung in ihren Heimatländern. Doch auch in Leipzig gibt es radikale und extremistische Gruppierungen, die nicht im friedlichen Miteinander leben wollen, sondern Demokratie und persönliche Freiheit unter ihre Ideologie stellen und ablehnen.

Gerade in den letzten Jahren hat der Islamismus, vor allem durch medienwirksame Anschläge und den "Islamischen Staat", an Bedeutung gewonnen. Islamistische Gruppierungen versuchen junge Menschen für ihre Ideologie zu gewinnen und sprechen diese beispielsweise in sozialen Netzwerken gezielt an. Dabei nutzen sie tatsächliche oder empfundene Diskriminierungserfahrungen, Identitätskrisen, Perspektivlosigkeit oder Probleme in der Schule und Familie, um junge Menschen anzusprechen und geben ihnen eine vermeintliche Alternative zur Gesellschaft, Anerkennung und ein Heilsversprechen.

Um einer Radikalisierung zu begegnen, müssen daher auch Rassismus und Islamfeindlichkeit bekämpft werden. Ebenso gilt es dem Antisemitismus entgegenzuwirken, welcher sowohl Teil der islamistischen Ideologien als auch der Mitte der Gesellschaft ist. Diese Handreichung zeigt, wie diese Phänomene zusammenhängen und gibt einen Überblick über Beratungsangebote und Akteure, die Betroffene aufsuchen können um Hilfe zu erhalten.

Rassismus

Rassismus ist kein neues Phänomen, sondern wird seit Ende des 19. Jahrhunderts genutzt, um Menschen aufgrund ihrer biologischen Merkmale abzuwerten. Menschen werden nicht als Individuen sondern als Gruppen beurteilt. Nach dieser Idee bestimmt die Abstammung das Denken, Handeln und Verhalten eines Menschen so stark, dass es unabänderlich ist.

Dabei kann der Rassismus sehr unterschiedliche Formen annehmen. Institutioneller Rassismus und Ethnopluralismus sind sehr gängige Formen dieser Art von Diskriminierung, genauso findet jedoch rassistische Diskriminierung auch unbewusst statt. Zwar ist Rassismus ein universelles Problem, von dem jeder Mensch betroffen sein kann, jedoch sind in Deutschland zumeist Menschen aus anderen Ländern Opfer von rassistischer Diskriminierung. Auch wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, werden viele Menschen dennoch nicht als Teil der Gesellschaft betrachtet und ausgegrenzt.

Rassistische Diskriminierung kann sich ganz unterschiedlich äußern. Neben Beleidigungen und Ausgrenzung gehören dazu auch die Benachteiligung bei der Suche nach einer Wohnung oder einem Arbeitsplatz. Für viele Menschen ist dies die tägliche Realität. Die damit entstehende Unzufriedenheit wird von islamistischen Gruppierungen genutzt, um die Betroffenen anzuwerben. Dies geschieht meist ganz subtil. Den Jugendlichen wird zugehört, ihr Gefühl des Ausgestoßenseins verstärkt. Manche erleben in einer islamistischen Gruppierung das erste Mal ein Gefühl von Zugehörigkeit und Verständnis. Nicht jeder Mensch der rassistische Diskriminierung und Ausgrenzung erlebt, ist auch gefährdet sich zu radikalisieren. Rassismus ist jedoch ein Faktor, der zur Radikalisierung beitragen kann.

Islamfeindlichkeit

Von Diskriminierung sind heutzutage sehr häufig Muslime betroffen, ob religiös oder säkular. Generell kann gesagt werden, dass Islamfeindlichkeit die Ablehnung und Abwertung des gesamten Islam als Religion beinhaltet. Die verschiedenen Ausprägungen werden als nicht-existent angesehen und somit behauptet, dass es nur den Islam der Islamisten gibt. Diese Sicht auf den Islam ist im Grunde dieselbe wie sie auch von islamistischen Akteuren vertreten wird.

Des Weiteren gibt es die sogenannte Muslimfeindlichkeit. In dieser bezieht sich die Ablehnung nicht auf die Religion, sondern auf ihre Gläubigen. Die Muslimfeindlichkeit zeichnet ein negatives Bild von allen Muslimen. So wird davon ausgegangen, dass alle Muslime rückständig, frauenfeindlich oder antisemitisch sind. Weiterhin werden ihnen grundlegende Rechte abgesprochen und die Auffassung verbreitet, dass Muslime nicht in die pluralistische, westliche Gesellschaft passen. So wird nicht das Verhalten von einzelnen Individuen oder von bestimmten Gruppierungen kritisiert, sondern per se alle Muslime. Es wird auch davon ausgegangen, dass sich Muslime nicht von ihrer Herkunft emanzipieren können.

Durch solche Diskriminierungserfahrungen können sich betroffene Muslime ausgegrenzt und abgewertet fühlen. Besonders junge Menschen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, kommen so in einen Identitätskonflikt. Obwohl sie sich als Teil der Gesellschaft sehen oder es werden möchten, werden sie nicht akzeptiert.

Auch dies wird wiederum von Radikalen genutzt, um die Betroffenen für ihre Ideologie zu gewinnen. So wird häufig von einer Verschwörung des "Westens" gegen die Muslime gesprochen und gleichzeitig ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer elitären Gemeinschaft gegeben. Die erklärten Feinde der Islamisten sind dabei neben "dem Westen" auch alle Muslime, die ihre Religion nicht radikal auslegen.

Antisemitismus

Neben Rassismus und Islamfeindlichkeit, die als radikalisierungsfördernde Faktoren gelten, gibt es noch den Antisemitismus und Antizionismus, der auch ein wichtiger Bestandteil der islamistischen Ideologien ist. Dabei sind antisemitische Vorurteile nicht nur bei Extremisten verbreitet. Sie reichen auch bis in die Mitte der Gesellschaft.

Im Islamismus ist vor allem der durch den Nahostkonflikt begründete Antisemitismus verbreitet. Dieser Konflikt wird dann als ein Kampf "Gut gegen Böse", Muslime gegen Juden, dargestellt. Die historischen Hintergründe werden verfälscht und die Tatsache, dass es in Israel und Palästina Täter und Opfer gibt, wird ausgeblendet. Zusätzlich werden alte Vorurteile von einer "jüdischen Weltverschwörung" aufgegriffen und als Kapitalismuskritik getarnt.

Hierbei wird pauschal allen jüdischen Menschen die Schuld am Konflikt zwischen Israel und Palästina zugeschrieben und zudem dem Staat Israel das Existenzrecht aberkannt. Deutlich wird dies beispielsweise an der Gründungscharta der Hamas, die sich die Vernichtung Israels zum Ziel gesetzt hat.

Gerade junge Menschen haben oftmals ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden und radikale Ansichten, wie die Welt zu verbessern ist. Durch das Verdrehen von Tatsachen, gefälschten Nachrichten, Fotos und Videos versuchen Extremisten dieses Ungerechtigkeitsempfinden für ihre Zwecke zu nutzen, junge Menschen für ihre Ideologie zu gewinnen und zu radikalisieren.

Ansprechpartner für Demokratieförderung und Extremismusprävention

KORA - Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention

Die KORA bietet Prävention und Intervention im Phänomenbereich islamistischer Extremismus an. Für Beratungsanfragen im Kontext islamistischer Radikalisierung sowie Islam- und Muslimfeindlichkeit wurde die KORA-Hotline **0351 56 45 49 49** eingerichtet, die von den Landeskoordinatoren des Demokratie-Zentrums Sachsen montags bis freitags jeweils von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr betreut wird. Die KORA besteht aus insgesamt fünf Säulen bzw. fünf Maßnahmen und arbeitet dabei mit zwei Beratungsträgern eng zusammen: dem Violence Prevention Network e.V. und dem Aussteigerprogramm Sachsen (www.steig-aus.de). Während sich die Landeskoordinatoren der KORA, u.a. in Zusammenarbeit mit dem ZfE e.V., um einen vertrauensbildenden Dialog (Säule 1) zwischen muslimischen Organisationen und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren bemühen, bieten die beiden KORA-Träger neben ganztägigen Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen für Multiplikator/innen und Fachkräfte (Säule 2) auch verschiedene Beratungsleistungen an, darunter eine Umfeld- bzw. Angehörigen-/Elternberatung (Säule 3), eine Deradikalisierungs- bzw. Distanzierungsberatung (Säule 4) und eine Ausstiegsberatung (Säule 5). Dabei sind die Beratungsangebote stets mobil, kostenfrei, vertraulich und auf Wunsch auch anonym.

Kontakt:

Tel: **0351 56 45 49 49** Mail: Kora@sms.sachsen.de Web: www.demokratiezentrum.sachsen.de

Opferberatung der Beratungsstelle SUPPORT des RAA Sachsen e. V.

Die Beratungsstelle SUPPORT berät, betreut und unterstützt Betroffene, deren Angehörige, Freunde und Zeug/innen von rechtsmotivierten und rassistischen Straftaten. Das können Personen sein, die aufgrund

- von rassistischen Motiven
 - von Antisemitismus
 - ihres alternativen Auftretens und / oder nicht rechter Haltung
 - ihrer sexuellen Orientierung / geschlechtliche Identität
 - ihrer Behinderung
 - ihrer sozialen Benachteiligung
 - ihrer Aktivität gegen Neonazismus
- angegriffen werden.

Die Mitarbeiter/innen der Beratungsstelle SUPPORT unterstützen Sie bei

- der Anzeigenerstattung
- rechtlichen Möglichkeiten, Nebenklage und Opferschutz
- dem Kontakt mit Polizei, Rechtsanwält/innen, Behörden und Ärzt/innen
- der Gerichtsverhandlung
- der Organisation finanzieller Unterstützung
- der emotionalen Verarbeitung (psychosoziale Beratung) und der Verbesserung der Lebenssituation
- möglicher Öffentlichkeitsarbeit
- bei der gemeinsamen Entwicklung von Lösungen

Kontakt: Tel: **0341-2254957** Mail: Opferberatung.Leipzig@raa-sachsen.de

Onlineberatung: www.onlineberatung-raa-sachsen.beranet.info,

Onlineberatung@raa-sachsen.de

Träger der Integrationsarbeit

Angebote von ARBEIT UND LEBEN Sachsen

JuRe – Jugend und Religion – Politische Jugendbildung an Berufsschulen

Ziel von JuRe ist es, die Bildungsarbeit an Berufsschulen für eine demokratische, offene und gerechte Gesellschaft zu fördern. Dafür kreieren vielfältige Veranstaltungsformate akzeptierende Lernräume, in denen Schülerinnen und Schüler für einen respektvollen Umgang im Kontext gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt sensibilisiert werden, sich zu ihren Themen austauschen können, sich selbstreflektieren und bestärkt werden, sich für ihre Überzeugungen aktiv einzusetzen.

Kontakt: kurzelinks.de/AL-JuRe; www.jugend-und-religion.de

Seminare der politischen Jugendbildung

In Seminaren, Workshops, Exkursionen und Jugendbegegnungen beschäftigen sich die Teilnehmenden mit Diskriminierungsformen, Konfliktlösungsstrategien, Meinungsbildungsprozesse, gelebter Demokratie, Erinnerungskultur oder auch Interkulturalität. Dieses vielschichtige Programm richtet sich u.a. an Schülerinnen und Schüler, junge Menschen in Freiwilligendiensten, Azubis und Studierende, junge Geflüchtete und junge Arbeitnehmer/-innen.

Kontakt: kurzelinks.de/AL-politische-Jugendbildung; www.politische-jugendbildung.blog/

Jugendmigrationsdienste (JMD)

Jugendmigrationsdienste (JMD) begleiten junge Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 12 bis 27 Jahren mittels bedarfsorientierter Angebote und langfristiger Beratung bei ihrem schulischen, beruflichen und sozialen Integrationsprozess in Deutschland. Individuelles Case Management, Gruppen- und Bildungsangebote sowie eine Vernetzung mit Schulen, Ausbildungsbetrieben, Integrationskursträgern oder Einrichtungen der Jugendförderung zählen zu den wesentlichen Aufgaben der JMD.

Kontakt: www.jugendmigrationsdienste.de



Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE)

Das speziell auf Neuzugewanderte zugeschnittene Beratungsangebot steht vor allem innerhalb der ersten drei Jahre nach Ankunft zur Verfügung. Es zielt darauf ab, zugewanderte Personen bei ihrer sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration zu unterstützen. Es soll sie zu selbständigem Handeln in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens befähigen.



Kontakt: www.leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/auslaender-und-migranten/migration-und-integration/beratungsstellen/

Zum Herausgeber

Das Zentrum für Extremismusprävention wurde als Initiative von Leipziger Bürgerinnen und Bürgern gegründet, die sich in unterschiedlichen Bereichen zivilgesellschaftlich engagieren. Durch ihre Erfahrungen haben die Initiatoren festgestellt, dass es der Stadt an einem zivilgesellschaftlichen Akteur mangelt, der vor allem Präventionsarbeit im Bereich des religiös begründeten Extremismus wahrnimmt. Muslimische Jugendarbeit, Demokratieförderung, Antidiskriminierungsarbeit sowie Aufklärung in den Bereichen Antisemitismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit und im Phänomenbereich Islamismus sind Kernaufgaben des Vereins. Dabei kann der Verein auf die individuellen Kompetenzen, Erfahrungen und Fähigkeiten seiner Mitglieder zurückgreifen. Das Leipziger Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus ist ein Kooperationsnetzwerk unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher und städtischer Akteure. Ziel ist es, Radikalisierung effektiv zu begegnen sowie praktische Handlungskompetenz vor Ort zu schaffen. Im Rahmen des Netzwerks sind drei Arbeitsgruppen entstanden, in denen die Akteure Themen mit Bezug zum religiös begründeten Extremismus bearbeiten, mit dem Ziel die Öffentlichkeit zu informieren.

Diese Handreichung ist das Ergebniss der Arbeitsgruppe "Gruppenbezogene Menschenfeindlichekeit".

Kontakt:

Zentrum für Extremismusprävention e.V.

Telefon: 0341-2478298

E-Mail: Kontakt@zfep.info

Website: www.zfep.info



**Leipziger
Präventionsnetzwerk**
gegen religiös begründeten
Extremismus



ZENTRUM FÜR
EXTREMISMUS-
PRÄVENTION E.V.

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



WELTOFFENES
SACHSEN

STAATSMINISTERIUM
FÜR SOZIALES UND
VERBRAUCHERSCHUTZ



Freistaat
SACHSEN

Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration